



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

IV-1 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXVI. GP



Beratungen des Hauptausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union

(Auszugsweise Darstellung)

Mittwoch, 13. Dezember 2017

Beratungen des Hauptausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union

(Auszugsweise Darstellung)

XXVI. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 13. Dezember 2017

Tagesordnung

13836/17
Tagung des Europäischen Rates (14. Dezember 2017)
– Entwurf der erläuterten Tagesordnung
(724/EU XXVI.GP)

Die Gründung einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung – kurz PESCO genannt -, der Brexit und die soziale Dimension der EU standen im Mittelpunkt des EU-Hauptausschusses, der im Vorfeld des am 14. Dezember stattfindenden Europäischen Rats zusammentrat. Diskutiert wurden zudem Fragen der Migration sowie der Bildung und Kultur. Erstmals leitete Nationalratspräsidentin Elisabeth Köstinger den Ausschuss.

Unterschiedliche Standpunkte traten insbesondere in Bezug auf die **soziale Dimension der EU** auf, die für die SPÖ eine zentrale Frage für den Weiterbestand der EU darstellt. Während **Außenminister Sebastian Kurz** die Auffassung vertrat, dass es angesichts der großen Unterschiede kaum möglich sein werde, die Sozialsysteme anzugleichen und man daher keine falschen Hoffnungen wecken sollte, trat **Bundeskanzler Christian Kern** dafür ein, zu gemeinsamen Mindeststandards zu kommen. Sollte das nicht gelingen, dann würde das die Wirtschaft treffen, sagte er auch im Hinblick auf die negativen Folgen der geltenden Entsenderichtlinie. Er forderte zudem, auch die Arbeitslosenrate als Parameter neben dem Budgetdefizit und der Inflationsrate einzuführen. Größte Skepsis gegenüber einer möglichen Sozialunion wurde seitens der Freiheitlichen geäußert.

Es gehe darum, welches Europa wir wollen, betonte der Bundeskanzler und sprach sich auch in diesen Fragen für mehr Kompetenzen der Union aus, zumal man auch mit der Steuerpolitik dafür sorgen müsse, dass mehr Mittel für sozial- und wirtschaftspolitische Themen zur Verfügung stehen. Er warnte davor, vor der eigenen Haustür neue Steuerparadiese entstehen zu lassen. Unterstützt wurde er in dieser Einschätzung von den Abgeordneten des SPÖ-Klubs, die die soziale Dimension als ein entscheidendes Feld für die Zukunft der EU bezeichneten. So hält es **Andreas Schieder (SPÖ)** für eines der großen Versäumnisse der Union in den letzten Jahren, dass man diese soziale Dimension zu wenig berücksichtigt hat. "Wenn es etwas gibt, was die EU zum Scheitern bringen kann, dann ist das die soziale Ungleichheit und das soziale Gefälle zwischen West und Ost", ergänzte dazu **Jörg Leichtfried (SPÖ)**. Die EU habe ihr Wohlstandsversprechen nicht eingehalten, merkte er kritisch an.

Ein starkes Sozialsystem sei wichtig, reagierte darauf **Außenminister Sebastian Kurz**, der gleichzeitig betonte, dass soziale Fragen eine nationale Aufgabe darstellen. Man müsse sehr genau prüfen, wo mehr Zusammenarbeit möglich ist und wo Staaten und Regionen besser entscheiden können. Die starken sozialen Unterschiede in den einzelnen Staaten machen seiner Meinung nach eine Angleichung der Sozialsysteme fast unmöglich.

Strikt gegen eine Sozialunion äußerte sich **Dagmar Belakowitsch (FPÖ)**. Die bisherige Entwicklung kritisierte sie als eine Einbahnentwicklung und wies ebenso wie Bundeskanzler Kern auf die Entsenderichtlinie hin. Belakowitsch glaubt, dass eine Sozialunion nicht zu finanzieren sein werde, deshalb sollte man viel mehr auf nationaler Ebene handeln, um die Unterschiede auszugleichen.

Die Gründung einer **Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung (PESCO – Permanent Structured Cooperation)** wurde sowohl von **Kern** als auch von **Kurz** begrüßt. Österreich werde an der Zusammenarbeit teilnehmen, soweit es die Neutralität zulässt, betonte der **Kanzler** und hob insbesondere den zivilen Charakter des österreichischen Beitrags, etwa in Form des Katastrophenschutzes oder im Bereich der Cybersicherheit, hervor. PESCO bringe mehr an Sicherheit, zeigte sich **Außenminister Kurz** froh über den eindeutigen Fortschritt zu einer engeren Kooperation, denn kein Land könne die komplexen Aufgaben allein stemmen. Jetzt gehe es darum,

PESCO mit Leben zu erfüllen. Keineswegs ziele man mit PESCO auf eine gemeinsame europäische Armee unter einem Kommando ab, machte Kurz gegenüber **Claudia Gamon (NEOS)** klar. Sie unterstützte PESCO als einen ersten Schritt zur gemeinsamen Verteidigungspolitik und stellte aus ihrer Sicht fest, eine solche intensiviert Kooperation mache nur Sinn, wenn man langfristig eine europäische Armee und eine gemeinsame Verteidigungspolitik installiert. Demgegenüber wies **SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder** auf den Neutralitätsvorbehalt hin.

Der im Dezember dieses Jahres gefasste Beschluss von 25 EU-Staaten, die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Form einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) zu intensivieren, soll vor allem dazu dienen, die Verteidigungsfähigkeiten gemeinsam zu entwickeln und Synergien zu finden, in gemeinsame Projekte zu intensivieren, die operative Einsatzbereitschaft zu verbessern und den Beitrag der Streitkräfte auszuweiten. Österreich dürfe keinem Militärbündnis beitreten, unterstrich **Kurz**, es gehe aber um eine enge Kooperation, die bis zu einer gemeinsamen Eingreiftruppe führen könne. Wirtschaftliche Vorteile sieht der Außenminister vor allem im Bereich eines gemeinsamen Einkaufs. **Reinhold Lopatka von der ÖVP** erinnerte in diesem Zusammenhang an einen entsprechenden Antrag im Parlament.

Seitens der **FPÖ** meinte **Reinhard-Eugen Bösch**, dass eine gemeinsame Verteidigungspolitik schon Inhalt der EU-Verträge sei. Bei PESCO handelt es sich seiner Meinung nach um ein politisches Signal im Hinblick auf ein Selbstbewusstsein der EU gegenüber den USA. Die leise Skepsis von Bösch gründet sich in erster Linie darauf, dass viele EU-Staaten auch Mitglied bei der NATO sind und sich daher weniger auf die EU als viel mehr auf die transatlantische Zusammenarbeit verlassen. Außerdem gehe es nicht nur um zivile Fragen, merkte er gegenüber Bundeskanzler Kern an, sondern auch um Kompetenzzentren, um grenzüberschreitende militärische Transporte etc. Auf jeden Fall müssten die Mitgliedstaaten ihre Verteidigungsbudgets erhöhen, das bedeute auch eine Stärkung des österreichischen Bundesheers. **Jörg Leichtfried (SPÖ)** warnte seinerseits davor, dass eventuell Schrott-LKW durch Österreich fahren könnten, die nicht dem technischen einheimischen Standards entsprechen und damit die Sicherheit auf den Straßen gefährden.

Was die **Brexit-Verhandlungen** betrifft, so äußerten sich **beide Regierungsmitglieder** vorsichtig zufrieden über die jüngst erzielten Fortschritte, vor allem in Bezug auf die Rechte der EU-BürgerInnen. Davon sind rund 4,5 Mio. Menschen betroffen. Zur Absicherung des diesbezüglichen Abkommens soll es auch ein Monitoring geben. Damit sei die erste Phase abgeschlossen, womit grünes Licht für die zweite Phase gegeben werden könne, sagte **Kern**. **Jörg Leichtfried (SPÖ)** thematisierte in diesem Zusammenhang die Gesundheits- und Altersversorgung, da in Großbritannien die diesbezüglichen Standards nicht so hoch wie etwa in Österreich seien.

Offen bleibe die Irland-Frage, stellte **Kern** fest, man könne von einer "salomonischen Lösung" sprechen, aber diese sei auch noch nicht fix. Jedenfalls gebe es das Bekenntnis, dass es keine harte Grenze geben soll und man nicht hinter das Karfreitags-Abkommen gehen wird, strichen sowohl **Kern** als auch **Kurz** hervor.

Die Zahlungen durch Großbritannien dürften sich zwischen 45 und 55 Mrd. € bewegen, konkrete Zahlen stünden aber noch nicht fest, informierte **Kern**. Für das EU-Budget werde es bis zum Jahr 2020 keine Veränderungen geben, nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs werden jedoch 10 Mrd. € fehlen, die nicht durch Verwaltungseinsparungen wettgemacht werden können, meinte der Bundeskanzler, denn die Verwaltungskosten betrügen nur 7 Mrd. €. Die EU stehe daher vor Grundsatzentscheidungen. Keinesfalls dürfe es zu einer Erhöhung für die Nettozahler werden, stellte er aus seiner Sicht klar. Daher

werde man innerstaatlich entscheiden müssen, worauf man verzichten wolle - entweder auf Zahlungen aus den Strukturfonds oder im Bereich der Landwirtschaft.

Die EU müsse in ihrem Budget schlanker werden, hielt dazu der **Außenminister Kurz** fest, aber das sei eine Diskussion, der man sich in den nächsten Monaten und vor allem auch während des österreichischen Ratsvorsitzes stellen werde, merkte Kurz gegenüber **Kai Jan Krainer (SPÖ)** an.

Gestreift wurde in der Diskussion auch das Thema **Migration**. Es gebe zwar immer noch unterschiedliche Meinungen unter den Mitgliedstaaten, betonte **Außenminister Kurz**, der einmal mehr den Schutz der Außengrenzen als eine zentrale Frage unterstrich. Er wertete es daher als positiv, dass Ratspräsident Donald Tusk und andere Länder ebenfalls den Schutz der EU-Außengrenzen in den Vordergrund stellen. Deswegen werde man auch einen gemeinsamen Weg mit Tusk gehen.

Das Papier des Ratspräsidenten wurde auch von **Reinhold Lopatka (ÖVP)** und **Claudia Gamon (NEOS)** begrüßt, wobei Lopatka einmal mehr auf eine gerechtere Aufgabenteilung pochte. Diesem Aspekt schloss sich auch der **Bundeskanzler** an, dem gerade dieser Punkt im Tusk-Papier fehlt. Für Österreich sei es enorm wichtig, dass die EU dazu einen Weg findet, sagte er und betonte, es gehe nicht an, dass Länder, die hohe Zahlungen erhalten, sich aus der Verantwortung stehlen.

Angesprochen von **Claudia Gamon (NEOS)** auf den Resettlement-Plan meinte **Außenminister Kurz**, dieser sei ein sinnvoller Weg. Wenn Österreich Flüchtlinge aufnehme, dann sei er dafür, dies über das Resettlement-Programm zu machen. Vorher müsse aber der illegale Zustrom gestoppt werden.

Die Abgeordneten **Walter Rosenkranz (FPÖ)** und **Wolfgang Zinggl (PILZ)** thematisierten die Bereiche **Bildung und Kultur**. Vorgesehen ist, die Mobilität und das Programm Erasmus Plus zu stärken sowie die Partnerschaft zwischen Hochschuleinrichtungen zu intensivieren. Angedacht ist auch ein europäischer Studierendenausweis, zudem soll die gegenseitige Anerkennung von Hochschul- und Sekundarabschlüssen gefördert werden. **Rosenkranz** sprach von wunderschönen Formulierungen, die man nur unterstützen könne. Es gehe aber auch darum, im eigenen Land Maßnahmen zu setzen, insbesondere was die Finanzierung der Hochschulen betrifft.

Ihm zufolge muss auch das Bewusstsein für das soziale Kulturerbe gestärkt werden und in diesem Zusammenhang kritisierte er einmal mehr das Bundesdenkmalamt und das Heumarktprojekt in Wien.

Für **Wolfgang Zinggl (PILZ)** wird die Frage der kulturellen Identität Europas viel zu wenig diskutiert. Das kulturelle Erbe bestehe nicht nur aus Kunst und Bauten, sondern auch durch das Zusammenleben in der Gemeinschaft, unterstrich er. Gerechtigkeit und Aufklärung, individuelle Freiheiten und soziale Rechte seien ein zentrales Erbe Europas. Zinggl bedauerte, dass es in Europa noch immer einen zu starken nationalen Wettkampf gibt, anstatt die multiple Identität und die kulturelle Vielfalt stärker zu betonen.

